

lemma arbeitet *Barak* kenntnisreich heraus, indem er die Armee in die komplexen politischen Zusammenhänge einbettet.

Dabei überzeugt *Barak* insbesondere dadurch, dass er die vielfältigen Verwerfungen der libanesischen Gesellschaft hervorhebt, statt sie auf die offensichtliche konfessionelle Machtteilung zu reduzieren. Region, Klan, Familie und politische Gegensätze werden der konfessionellen Segmentierung nicht untergeordnet, sondern als das dargestellt, was sie sind: die wesentlichen und identitätsbildenden Strukturen, die wiederholt in der libanesischen Geschichte einer nationalen Identität im Wege standen. Nach der Staatsgründung durch die französische Mandatsmacht Frankreich und angesichts ihres Auseinanderbrechens im Bürgerkrieg von 1975-1990 war die libanesische Armee deswegen auch nur in der Theorie eine nationale Institution.

Doch selbst aus heutiger Sicht befremdet die im Titel ausgedrückte These *Baraks*, dass die libanesische Armee eine nationale Institution sei. Die Armee hat sich zwar 2007 in den Kämpfen um Nahr el-Bared gegen bewaffnete Gruppen behaupten können, die aus dem Palästinenser-Camp heraus operierten. Darüber hinaus hat sie sich in der vorläufig letzten Krise des Staates mit ihrem Höhepunkt im Jahr 2008 beweisen können. Sie ist nicht auseinander gebrochen. Sie hat sich sogar in der extrem polarisierten und gefährlich mobilisierten Zeit seit der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik el-Hariri (14.2.2005) zwischen die rivalisierenden und bis an die Zähne bewaffneten Gegner stellen und deren Zusammenstöße beenden können. Das alles thematisiert *Barak*, und es ist eine Entwicklung zu mehr Stabilität der Ar-

mee. Aber es macht die libanesische Armee immer noch nicht zu einer nationalen Institution, die von allen Bürgern des Staates gleichermaßen als „ihre“ Armee akzeptiert wird.

*Baraks* Buch ist trotz aller Kritik interessant zu lesen. Es zeigt die Probleme eines segregierten Staates beim Aufbau von nationalen Institutionen. Wie *Barak* in Kapitel 5 zeigt, dominieren Argumente wie Professionalität, Kapazität und die Notwendigkeit der Landesverteidigung nicht einmal dann die Diskussion um die Armee, wenn es um die Ausrüstung der Armee geht. Die „Politisierung“ der Kampagne, welche darin besteht, die Armee als Handlanger eines politischen Gegners zu diffamieren, unterminiert nicht nur die Glaubwürdigkeit und den Respekt der Armee. Es raubt ihr allen Handlungsspielraum und stärkt die mit dem Staat konkurrierenden Segmente. Wichtig ist daher auch *Baraks* Schlussfolgerung (120): Der innenpolitische Konsens ist nicht Ergebnis, sondern die Voraussetzung dafür, dass die Institutionen einer Konkordanzdemokratie funktionieren.

*Cordelia Koch*

Eisfeld, Rainer und Leslie A. Pal (Hrsg.). *Political Science in Central-East Europe: Diversity and Convergence*. Opladen und Farmington Hills, MI. Barbara Budrich Verlag 2010. 317 Seiten. 59,90 €.

Die politischen Wandlungen im Osteuropa der letzten zwei Jahrzehnte sind noch immer unzureichend erforscht und verstanden. Einerseits bewahrheiteten sich die Befürchtungen etlicher Demokratisierungsforscher Anfang der 1990er nicht, dass die Chancen der ost-

europäischen Transformationen wegen des bekannten Problems der Gleichzeitigkeit generell schlecht stünden. Andererseits hat sich auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR eine Reihe von Regimes herausgebildet, deren Funktions-, Legitimations- und Reproduktionsmechanismen sowie Zukunftsperspektiven weiterhin Rätsel aufgeben. Ein Grund für die noch verbesserungsfähige Politikanalyse Osteuropas dürfte sein, dass die dortigen Politologien unter- oder fehlentwickelt waren – und es in einigen Fällen bis heute sind. Womöglich trug bzw. trägt der teils traurige Zustand der Sozialwissenschaften bestimmter Transformationsstaaten zu den verschiedenen Pathologien in der gesellschaftlichen Entwicklung der betroffenen Länder bei.

Die vorliegende, akribisch zusammengestellte und bemerkenswert umfassende Pionierstudie zum derzeitigen Stand der Entwicklung der Politikwissenschaft in Albanien, Armenien, Belarus, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Estland, Georgien, Ungarn, Lettland, Litauen, Moldau, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, der Slowakei, Slowenien und der Ukraine stellt daher einen wichtigen Beitrag sowohl zur Historiographie unserer Disziplin als auch zur Erforschung der osteuropäischen politischen Transformationen dar. *Rainer Eisfeld* und *Leslie A. Pal* haben es geschafft, selbst für Länder, die auf der mentalen Karte vieler Europäer bis heute fehlen, informative Beiträge einzuholen. Sie stellen darüber hinaus ihrer Aufsatzsammlung eine erhellende Interpretation der verschiedenartigen Entwicklungen der Politikwissenschaften voran und verwenden in diesem Zusammenhang auf fruchtbare Art und Weise das Konzept der „hybriden“ Regimes. *Eisfeld* und *Pal*

haben den Länderberichterstatern eine Struktur für ihre Beiträge vorgegeben und sich offensichtlich einige Mühe gemacht, dieser Sammlung einen systematischen Charakter zu verleihen. Sie haben mit diesem Sammelband eine schmerzliche Lücke geschlossen und dies mit einer Gründlichkeit getan, die viel Lob verdient.

Nichtsdestoweniger muss angemerkt werden, dass an einigen Stellen durchschimmert, dass *Eisfeld* und *Pal* Neuland beschritten haben, nicht nur, was die Substanz dieses Themas, sondern auch, was ihre eigenen wissenschaftlichen Biographien betrifft. Es handelt sich bei diesem Band letztlich weniger um einen im eigentlichen Sinne politologischen als um einen wissenschaftsgeschichtlichen und osteuropakundlichen Beitrag. Damit scheinen *Eisfeld* und *Pal* über den politik- bzw. verwaltungswissenschaftlichen Rahmen ihrer bisherigen Forschung hinausgegangen zu sein, wie es an einigen Stellen deutlich wird. Einen geringeren Mangel stellt noch die häufig falsche oder inkonsistente Transliteration kyrillischer Buchstaben dar. Schwerer wiegt, dass viele der in diesem Band angesprochenen Herausforderungen der postkommunistischen Politikwissenschaften generische Probleme der heutigen osteuropäischen Geistes- und Sozialwissenschaften sind, welche in der relevanten Hochschulforschung und Post-sowjetologie bereits ausführlich analysiert wurden. Dass in dem Band etwa die relevanten deutschen Forschungsprojekte des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg, des Ost-West-Wissenschaftszentrums Kassel oder des Lotman-Instituts für russische und sowjetische Kultur Bochum keinerlei Erwähnung finden, ist nicht nur bedauerlich, sondern womöglich

ein Grund für bestimmte Ungleichgewichte im Band.

Für Leser, die mit dem osteuropäischen Universitätswesen vertraut sind, dürfte etwa die Zweckdienlichkeit der schematischen Zuordnung von nahezu gleichlangen Einzelbeiträgen für jedes Land zweifelhaft sein. Man könnte z.B. behaupten, dass das politikwissenschaftliche Leben (Studienmöglichkeiten, Abschlussarbeiten, Konferenzen, Publikationen usw.) der Stadt Moskau umfangreicher ist als dasjenige Litauens und Lettlands zusammengenommen. In ihrem Kurzbeitrag zur Russischen Föderation schaffen es die Autoren *Mikhail Ilyin*, *Olga Malinova* und *Sergei Patrushev* (Originalumschrift) so auch lediglich, ihre eigene Organisation, die „Russian Political Science Association“ (Russ.: RAPN), und deren Zeitschriften „Političeskie issledovanija“ und „Političeskaja nauka“ kurz vorzustellen. Sie müssen – offenbar aus Platzmangel – auf die Erwähnung vieler weiterer Facetten der russischen Politikwissenschaft verzichten und so etwa das „Eurasian Political Studies Network“ (Russ.: ESPI) sowie die „Russian International Studies Association“ (Russ.: RAMI) oder die Zeitschriften „Politija“, „Pro et Contra“ und „Rossija v global'noj politike“ unerwähnt lassen. Hinzu kommen die politikwissenschaftlichen Institutszeitschriften etlicher russischer Hochschulen („Vestniki“) oder eine Reihe soziologischer und interdisziplinärer Periodika, die häufig relevante politische Studien veröffentlichen, so etwa „Obščestvennye nauki i sovremenost'“, „Vestnik obščestvennogo mnenija“, „Svobodnaja mysl“, „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenia“, „Ab Imperio“ oder „Neprikosnovennyj zapas“. In einem ausführ-

licheren Beitrag hätte wohl auch das spezifisch russische Phänomen der „Dicken Journale“ (intellektuelle Monatszeitschriften mit häufig einflussreichen politikanalytischen Beiträgen) Erwähnung finden können.

Vor diesem Hintergrund bin ich mir nicht sicher, wie weit *Eisfelds* und *Pals* berechtigt festgestellte Verbindung der politischen mit der politikwissenschaftlichen Entwicklung in den untersuchten Staaten geht. Zwar sind die Sozialwissenschaften etwa der politisch hybriden Russischen Föderation tatsächlich von einer ganzen Reihe pathologischer Erscheinungen geprägt; man denke etwa an die abnorme Rolle von Geosophie, Kulturologie, Kryptorassismus oder Neoeurasismus im russischen (pseudo-)akademischen Diskurs. Andererseits existiert, wie oben illustriert, eine facettenreiche mehr oder minder ernsthafte politische Forschungslandschaft, die aufgrund der Ausmaße des Landes und der Anzahl sowie Größe der relevanten Hochschulen und Think Tanks beachtenswert ist. Obwohl im Gespräch mit russischen Kollegen eine gewisse Anspannung angesichts der politischen Entwicklung des repressiven Staates zu bemerken ist, scheint es direkte Restriktionen politikwissenschaftlicher Forschung bislang nur in Einzelfällen gegeben zu haben. Dies mag damit zusammenhängen, dass politikwissenschaftliche Periodika zwar als Medien, jedoch nicht als Massenmedien funktionieren und daher dem Regime allenfalls mittelbar gefährlich werden könnten.

Trotzdem die Ukraine in den letzten Jahren einen großen Schritt in Richtung Demokratisierung getan hat, liegt sie in puncto Institutionalisierung und Professionalisierung ihrer Politikwissenschaft bislang deutlich hinter der

russischen politologija zurück. Und wie die erfrischend harsche Selbstkritik der Repräsentantin der rumänischen Politologie im Band deutlich macht, stellen auch NATO- und EU-Beitrittsperspektive sowie -vollzug keine Garantie für eine qualitativ hochwertige politikwissenschaftliche Forschung im betreffenden Land dar. Zwar gibt es zweifelsohne eine Art Kovariation zwischen politischer und politikwissenschaftlicher Entwicklung in Osteuropa. Offenbar handelt es sich hier jedoch teils um Scheinkorrelationen. Das heißt, es liegt eine dritte Variable bzw. Variablenkonfiguration vor, welche sowohl die Politikgestaltung als auch die Politikwissenschaft im jeweiligen Staat beeinflusst und damit Interaktionen suggeriert, die so gar nicht vorliegen. Letzteres ist jedoch eher eine Weiterführung als eine Kritik am exzellenten Einführungsbeitrag von *Eisfeld* und *Pal*. Darüber hinaus muss betont werden, dass der beeindruckende Band – trotz der ausgeführten Kritik – unter anderem aufgrund seiner enormen geographischen Spannweite enzyklopädischen Charakter trägt. Er kann sowohl Bildungs- als auch Osteuropaforschern zur Lektüre empfohlen werden und dürfte sich zu einer Standardreferenz in künftigen Reflektionen zu den osteuropäischen Politikwissenschaften entwickeln.

*Andreas Umland*

Forster, Susanne. *Freiheitsbeschränkungen für Mutmaßliche Terroristen. Eine Analyse der Terrorismusgesetzgebung des Vereinigten Königreichs*. Berlin. Duncker & Humblot 2009. 341 Seiten. 31 €.

Gemeinhin gilt in Deutschland das Vereinigte Königreich immer noch als

Mutterland der Freiheit. Doch spätestens mit den unter der Labour-Regierung von Tony Blair beschlossenen Anti-Terror-Gesetzen hat dieses Bild ernsthafte Risse bekommen. Dabei wird aus deutscher Perspektive zumeist das Thema Videoüberwachung in britischen Großstädten diskutiert; andere Aspekte der Anti-Terrorismus-Politik im Vereinigten Königreich sind dagegen selten Gegenstand umfangreicher Analysen.

Hier setzt die rechtswissenschaftliche Dissertation von *Susanne Forster* an, deren Ziel es ist, die umfangreichen und zahlreichen britischen Anti-Terror-Gesetze vorzustellen und vor allem hinsichtlich ihrer freiheitsbeschränkenden Wirkung zu analysieren. Hierzu wird auch eine grundlegende Einführung in die Besonderheiten des britischen Rechtssystems gegeben (32ff), um dem deutschen Leser Unterschiede im Gerichtsverfahren sowie im Umgang mit Verdächtigen verständlich zu machen.

Neben dieser kurzen Einführung wird im ersten Kapitel der Arbeit vor allem die Entwicklung der Anti-Terror-Gesetze des Vereinigten Königreiches dargestellt, beginnend mit den Ursprüngen in den 1920er Jahren im Nordirland-Konflikt (5ff) bis hin zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung in den 1970er und 1980er Jahren. Hierbei geht *Forster* ausführlich auf die damaligen Verurteilungen Großbritanniens durch den EGMR für seine Anti-Terror-Gesetze und deren Folgen für die britische Innenpolitik ein (9f). Der zweite Teil dieses Kapitels widmet sich dem Zustandekommen der jüngeren Anti-Terror-Gesetze vor allem seit dem 11. September 2001 (16ff). Die Vorstellung erfolgt hierbei ausführlich und wird ergänzt durch Auszüge aus den